

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Er erscheint Sonntags.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro dreizehnpenniger Zeile 60 Pf.  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Stellenangebote 40 Pf., Bekannt-  
machungsanzeigen 20 Pf. Preis-  
angelegenheiten der Betrag beizufügen.

Nr. 51.

Berlin, den 17. Dezember 1916.

32. Jahrgang.

## An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands!

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, das der Reichstag am 2. Dezember mit 235 gegen 19 Stimmen angenommen hat, verlangt die Herabgabe jeder entbehrlichen Arbeitskraft für den Dienst der Landesverteidigung.

Das Gesetz hat durch Einführung der Arbeitspflicht den festen Boden für die Organisation der Arbeit im Dienste der Nation geschaffen. Aber das Werk kann nicht durch Zwangsarbeit gelingen, sondern es muß der Erfolg freiwilliger Mitarbeit des ganzen Volkes aus eigener Ueberzeugung und freudiger Hingabe sein. Namentlich bedarf es für die Arbeiter und Angestellten nicht des Arbeitszwanges, denn ein jeder von ihnen ist von Jugend an in Arbeit aufgewachsen und in Pflichtbewußtsein geschult und wünscht nichts Schöneres als ausreichende Beschäftigung.

Die Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes bedarf der Arbeiter und Angestellten in hervorragendem Maße, vor allem derjenigen, die früher in einem der für den modernen Kriegsbedarf tätigen Berufe gelernt oder gearbeitet haben. Sie werden aufgefordert werden, sich den vom neuen Kriegsamt bezeichneter Stellen als Facharbeiter zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Angehörigen der übrigen Berufe dürfen nicht abseits bleiben, sondern ein jeder muß in der heimischen Arbeitsarmee einen Platz einnehmen, wo er der Landesverteidigung unmittelbar nützlich sein kann. Ein Mangel an weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen ist zurzeit nicht vorhanden, weshalb es sich nicht empfiehlt, den Hilfsdienststellen mit dem Ueberangebot solcher Kräfte die Arbeit zu erschweren. Es würde auch erschwerend für die Regelung der Lohnverhältnisse wirken, wenn Arbeitskräfte ohne Bezahlung den auf Lohnarbeit angewiesenen Arbeitern und Angestellten die Arbeitsplätze freitig machen würden. Der Hilfsdienst verlangt weitestgehende Opfer von allen, nicht zum wenigsten auch Verzicht auf wichtige Rechte. Dem freien Arbeitsvertrauen, der Freizügigkeit sind Schranken gesetzt. Das neue Gesetz bringt aber nicht bloß Pflichten für die Arbeiterschaft, sondern es ist durch die tatkräftige Mitarbeit des Reichstags auch gelungen, die Rechte der Arbeiter und Angestellten in Form der für die Interessenvertretung während des Krieges ausreichend sind, sicherzustellen. Für alle Wünsche, Anträge und Beschwerden der Arbeiter sind zunächst Betriebsausschüsse zuständig, die zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in jedem Betrieb mit mindestens 50 Arbeitern bzw. Angestellten errichtet werden müssen. Kommt hierbei eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zustande, so kann entweder mit Zustimmung beider Parteien, das Gewerbe-, Berggewerbe- oder Kaufmannsgericht angerufen werden, oder es entscheidet eine paritätische Schlichtungskommission, die für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu errichten ist. Auch die Landwirtschaft ist dieser Rechtsprechung unterstellt. Das sind ganz erhebliche Verbesserungen des seitler geltenden Rechtszustandes, die ohne die energische Tätigkeit aller Gewerkschaftsgruppen nicht erreicht worden wären. In Fragen der Heranziehung von Personen zum Hilfsdienst fungieren die Ausschüsse bei den Ersatzkommissionen erstinstanzlich und als Beschwerdeinstellen Ausschüsse für den Bezirk jedes stellvertretenden Generalkommandos. In Fällen der Heranziehung von Betrieben und Berufen zum Hilfsdienst entscheidet zunächst ein Ausschuss für den Bezirk des Generalkommandos und über Beschwerden ein Ausschuss beim Kriegsamt. Ferner wird das Kriegsamt zur Leitung des mit der Regelung der Arbeiterfragen betrauten Ressorts einen Gewerkschaftsvorsteher berufen, der das Vertrauen der deutschen Gewerkschaften in weitestem Maße besitzt. Endlich ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht für alle im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen durch das Gesetz selbst geschützt und darf in keiner Weise beschränkt werden. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz bedürfen der Zustimmung eines vom Reichstag hierzu gewählten Ausschusses.

Diese Rechts Garantien können aber nur dadurch wirkliches Leben erhalten, daß die Arbeiterschaft sich einmütig und ohne Unterlaß für die gewerkschaftlichen Organisationen einsetzt. Ohne die Mitarbeit im Sinne gewerkschaftlicher Grundzüge würde die Umgestaltung der freien Privatwirtschaft zur geregelten Bedarfswirtschaft des Staates lediglich die Arbeiter und Angestellten benachteiligen und nicht die freudige Anteilnahme und die großen Leistungen erwecken, deren das Reich so dringend bedarf. Ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung wären auch die Ausschüsse und Schlichtungskommissionen nicht imstande, ernste Differenzen zu verhüten und die Arbeiter und Angestellten zu ihrem Recht kommen zu lassen. Deshalb müssen die Arbeiter und Angestellten zunächst darauf bedacht sein, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in die neu zu wählenden Ausschüsse zu entsenden, und sie müssen weiterhin dafür tätig sein, daß möglichst alle in vaterländischem Hilfsdienst Beschäftigten der gewerkschaftlichen Organisation als Mitglieder zugeführt und über ihre Pflichten und Rechte in kameradschaftlicher Weise aufgeklärt werden. Der vaterländischen Arbeitspflicht muß die gewerkschaftliche Organisationspflicht gleichgestellt werden, wenn das große Werk der Mobilisation aller heimischen Kräfte dauernd Nutzen bringen soll.

Die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeiter und Angestellten allerorts ist die Wahl gewerkschaftlich organisierter Vertreter aus ihrer Mitte zu den Betriebsausschüssen. Die Wahl ist unmittelbar und geheim und erfolgt nach den Grundzügen der Verhältniswahl. Für Betriebe mit mindestens 50 Angestellten sind besondere Angestelltenausschüsse zu errichten. Solche Ausschüsse sind auch für Staatsbetriebe, mit Ausnahme der Eisenbahnbetriebe, zu wählen. Weiterhin obliegt den gewerkschaftlichen Organisationen (Gewerkschaftskartellen bzw. Gauleitern), Vorschläge für die Berufung der ständigen Mitglieder zu den Schlichtungskommissionen für den Bezirk jeder Ersatzkommission zu machen, damit auch in diesen wichtigen Verfassungsinstanzen gewerkschaftlich geschulte Kräfte, zu denen die Arbeiterschaft volles Vertrauen hat, nach Recht und Willkür entscheiden. Ueber diese Wahlen werden den Kartellen bzw. Gauleitern besondere Verhaltensmaßregeln übermittelt werden. Bei diesen Wahlen und bei der Organisationsarbeit während des Krieges sind Streitigkeiten mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zu vermeiden und ein gemeinsames Vorgehen aller Gewerkschaftsrichtungen, die unabhängig von den Arbeitgebern bestehen, herbeizuführen.

In dem Existenzkampf, den Deutschland um sein Bestehen und seine Zukunft führt, hat sich die Wahrheit als Ganzes durchgerungen, daß die Arbeiterklasse

der bedeutendste Teil des Volksganges ist und ohne deren Opfermuth der geregelte Aufbau der Kriegswirtschaft nicht möglich wäre, der für die Selbstbehebung unseres Volkes in diesem Kriege von entscheidender Bedeutung ist. Aber ohne ihre feste Organisation hätte die Arbeiterschaft auch diese Anerkennung nicht erreicht, und diese Organisation muß nach Beendigung des Krieges dafür sorgen, daß die Wiedergeburt Deutschlands sich im Reichen der politischen Gleichberechtigung und der Anerkennung der Arbeiterorganisationen sowie der Sozialpolitik vollzieht.

Berlin, 8. Dezember 1916.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

## Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen im Jahre 1915.

Der langandauernde Kriegszustand, der den Mitgliederbestand der Zweigvereine unserer Zentralverbände stark verminderte, ohne daß in dem gleichen Maße eine Einschränkung der Kosten der Sekretariate herbeigeführt werden konnte, gefährdete vielfach den Bestand der Sekretariate, da die zu ihrer Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel nicht in gleichem Maße wie vor dem Kriege eingingen. Die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände waren sich jedoch dessen bewußt, daß gerade während des Krieges die Aufrechterhaltung der Arbeitersekretariate durchaus notwendig war, sie beschloß deshalb, diese, wo es die Umstände erforderten, durch Zuschüsse lebensfähig zu erhalten. Daus dieser Beihilfe ist der Bestand an Sekretariaten auf gleicher Höhe wie vor dem Kriegsausbruch geblieben. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Sekretariate der Zentralverbände 129, das Jahr 1915 schließt mit 131 ab, darunter befinden sich 12 Sekretariate des Bergarbeiterverbandes.

Der Kriegszustand hat jedoch auf die Tätigkeit der Sekretariate durch Einberufung von Sekretären, den damit verbundenen häufigen Wechsel der leitenden Kräfte und die Unterbrechung des Geschäftsganges ungünstig eingewirkt. In der Statistik für 1915 kommt die ungünstige Wirkung dadurch zum Ausdruck, daß an dieser von 131 Sekretariaten nur 119 durch Einwendung von Berichten beteiligt sind, die in einigen Fällen auch an unvollständigen Angaben leiden.

Von den an der Statistik beteiligten Sekretariaten werden in der Hauptsache 64 aus Mitteln der Kartellstellen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 12 durch direkte Beitragsleistung der beteiligten Mitglieder unterhalten. Neben diesen Haupteinnahmen erhalten noch regelmäßige Zuschüsse von der Generalkommission 34, von Partioorganisationen 29 und von Arbeiterunternehmungen 6 Sekretariate. Beihilfen aus Gemeindemitteln erhielten vier Sekretariate. Es werden vom Bergarbeiterverbande und zwei Sekretariate von der Generalkommission unterhalten. Die Gesamteinnahme der berichtenden Sekretariate beträgt 588 828 Mk., der eine Gesamtausgabe von 608 995 Mk. gegenübersteht. Die Mehrausgabe von 20 167 Mk. wurde aus den Massenbeständen gedeckt, soweit Sekretariate eine eigene, vom Kartell unabhängige Käufführung haben. Die Zuschüsse der Generalkommission betragen sich auf 53 009 Mk. und die von Partioorganisationen auf 10 077 Mk.

Die 119 berichtenden Sekretariate wurden von insgesamt 535 948 Personen in Anspruch genommen. Bemerkenswert ist die gegen das Vorjahr stark gestiegene Zahl der weiblichen Auskunftsuchenden. Unter 610 695 Arbeitern, die 1914 die Sekretariate in Anspruch nahmen, befanden sich 143 845 Frauen = 23,6 Prozent, während 1915 ihre Zahl 223 077 = 44,6 Prozent betrug. Diese Steigerung der Frequenz der Frauen steht natürlich in Verbindung mit dem

Kriegszustand. Vieles haben Frauen in Kriegs- fürsorgeämtern die Sekretariate aufgeführt und auch die in erheblichem Umfang erfolgte Heranziehung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur weiteren Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen geführt haben.

Die Gesamtzahl der Auskünfte betrug 568.067, sie steht gegen das Vorjahr um 86.812 zurück. Den größten Teil der Auskünfte, 140.151, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. Es folgte dann das Gebiet der Gemeinden- und Staatsangelegenheiten mit 137.876 Auskünften. Hier ist im Gegensatz zu allen anderen Gebieten eine Steigerung der Zahl der Auskünfte, und zwar um 20.438 eingetreten. Es steht diese Erhöhung im Zusammenhang mit der Kriegs- fürsorge, an die die Gemeinden hervorragend beteiligt sind. Sicher ist, daß von einem erheblichen Teil Sekretariate Auskünfte über Familienunterstützungsansuchen von Kriegsteilnehmern unter diesem Titel oder unter „Militärwesen“ registriert wurden. Nur 79 Sekretariate machten gesonderte Angaben über Familienunterstützungsansuchen. Diese Sekretariate verzeichneten zusammen 5.218 solcher Auskünfte. Schriftliche wurden insgesamt 167.790 gegen 180.361 im Vorjahre angefordert.

Über persönliche Vertretungen von Rechtsachen vor Ämtern, Gerichten und Verwaltungsböörden machten von den 119 berichtenden Sekretariaten nur 94 Angaben. Gerade auf diesem Gebiet hat sich der Mangel an damit vertrauten Kräften recht fühlbar gemacht. Die Zahl der im Jahre 1915 ausgeübten Vertretungen steht denn auch mit 4618 weit hinter der des Vorjahres, das 6178 Vertretungen ausweist, zurück. Von den im Jahre 1915 wahrgenommenen Vertretungen wurden 336 vor Verwaltungs-, 2245 vor Oberverwaltungs- und 295 vor Landesverwaltungsämtern ausgeübt. Es fanden ferner vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 783, vor Amtsgerichten 625 und vor Verwaltungsbehörden und -gerichten 310 Vertretungen statt.

Neben den Sekretariaten kommen dann noch als Rechtsberatungs- einrichtungen der Zentralverbände die Auskunftsstellen der Gewerkschaftszentrale in Betracht. Gleich wie die Zentrale selbst, so wurden auch die Auskunftsstellen durch den Kriegszustand stark in Mitleidenschaft gezogen. Es liegen Berichte zur Jahresmitte 1915 nur von 146 Auskunftsstellen vor. Ihre Zahl ist wieder erheblich größer. Rangelhafte Aufzeichnungen der Geschäftsorgane, bedingt durch häufigen Wechsel der Vertreter, wird in vielen Fällen die Nichteinbringung eines Berichts verhindert haben. Nur 121 Auskunftsstellen machten Angaben über Auskunftserteilung.

Die Rechtsberatungs- einrichtungen der Zentralverbände haben im weiteren Maße während der Kriegsbauer zum Wohle der Arbeiterklasse gewirkt. Auch im Jahre 1916 war es möglich, die bisher tätigen Arbeitersekretariate aufrechtzuerhalten.

Hoffen wir, daß auch bei der weiteren Fortdauer des Krieges ihr Bestand nicht erschüttert wird und später, wenn erst der mit Schmach und erwartete Frieden den Völkern wiedergegeben ist, die Rechtsberatungs- einrichtungen der Zentralverbände zu neuer, tatkräftiger Entfaltung kommen werden.

**Aus unserem Beruf.**

**Kriegswirtschaft und Hebergs- wirtschaft im Buchbinder- gewerbe.** Unter diesem Titel schreibt der „Leidische Anzeiger“, daß sich in bezug auf das Einbaumaterial das Gewerbe durch Benutzung allerhand Ersatzstoffe zu helfen gewußt habe. Schwieriger sei die Beschaffung des Leims gewesen, da das Leimleder beschlagnahmt worden sei und auch der Pflanzeneim knapper wurde. Wahrscheinlich würde auch der Dextrin bald nicht mehr in genügender Menge zur Verfügung stehen. Eine bezügliche Eingabe des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer an die amtliche Stelle sei von dieser dahin beantwortet worden, daß in erster Linie nach den Bestimmungen des Stahlwertverbandes zur Kriegserlieferung berücksichtigt werden könnten, der den Empfänger auf Grund einer eidesstattlichen Versicherung nur dann mit Dextrin beliefern; wenn dieser für Heereszwecke verwendet wird. Die gesteigerten Anforderungen der Fronttruppen machen es zur Pflicht, nach Auskunft der amtlichen Stelle, daß die vorhandenen Mengen an Stahl und Eisen zunächst nur für kriegswirtschaftliche Zwecke verwendet werden.

Die Feststellung des Materialbedarfs und die Versorgung des Gewerbes damit hat der Verband Deutscher Buchbinderbesitzer übernommen. Er hat deswegen Fragebogen nicht nur an seine Mitglieder, sondern auch an 300 der größten Gewerbebetriebe versandt und sowohl die neugegründete Einkaufsvermittlungsstelle für das deutsche Buchbinder- gewerbe als auch den Bund Deutscher Buchbinder- einrichtungen in gleicher Weise befragt. Der Fragebogen zählt als Materialarten auf: Leder, Papier, Kappen, Bezugsstoffe, Lebererz- stoffe, Seidendraht, Beberlein, Anodenteilm, Pflanzeneim, Stärke, Farben, Folie, Metall, Bronze,

Glasz, Schirting, Moteslin, Cole, Zette und sonstige Materialien. Nach dem Durchsicht des Verbrauchs der Jahre 1913, 1914 und 1915 soll der Bedarf für die einzelnen Betriebe festgestellt werden.

Wie der Verband der Mallofabrikanten dem Verbande der Buchbinderbesitzer mitgeteilt hat, wird ab Anfang Dezember eine weitere Erhöhung der Mallopreise stattfinden. Die Mallofabrikanten haben sich bereit erklärt ihre Gesamtfabrikate vorzulegen, zum Beweise für die Notwendigkeit der Preis- erhöhung.

Über die Hebergs- wirtschaft sagt der „Leidische Anzeiger“ nur kurz, daß man sich beeifigen müsse, durch entsprechende Angaben und Nachweise über den Wert der bearbeiteten Materialien die Bedeutung des ganzen Gewerbes für die deutsche Volkswirtschaft darzutun.

**Kotprüfung für Buchbinder- lehrlinge in Berlin.**

Diejenigen Buchbinder- lehrlinge, welche bei der militärischen Musterung als tauglich befunden worden sind, wurden einer Kotprüfung unterworfen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit wurde von einer schriftlichen Arbeit Abstand genommen.

**Feuerungszulage.**

Die Firma Aug. Vogel, Geop. Munstantal in Düsseldorf, hat die seit 1. Oktober 1915 gewährten Feuerungszulagen von 8 Mk. monatlich auf 14 Mk. für verheiratete, ohne die schon gewährte Kinderzulage und 10,50 Mk. für ledige Kollegen erhöht.

Den Düsseldorf- erner Prinzipalen zur Nachahmung sehr empfohlen.

**Arbeitslosen- statistik.**

Zu unserer für die Berichterstattung an das Statistische Amt bestimmten Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Monat November haben die Verwaltungen der Joblstellen in Hanau, W. Gladbach und Muhl- 1 die Berichtsstellen nicht eingeleitet. Diese 3 Joblstellen mit zusammen 26 männlichen und 26 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschilderten Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 114 Gewer- 1 und Joblstellen mit zusammen 5500 männlichen und 11.356 weiblichen, insgesamt also 16.946 Mitgliedern, waren am Stichtage, dem 25. November, 74 männliche und 441 weibliche am Ort befindliche, sowie 1 durchreisendes, insgesamt also 516 Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 1,3, bei den weiblichen 3,9 und bei beiden zusammen 3,1 Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat, mit 3,9 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 1,3 bei den männlichen und 5,2 bei den weiblichen —, ist wieder besonders bei den weiblichen Mitgliedern eine Abnahme im Umfang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Ent- wicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage am Ort u. auf der Reise befindlich			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder				
	m.	w.	ges.	1915	1914	1913		
November	109	1191	1300	1,8	10,9	7,4	17,2	2,0
Dezember	144	906	1050	2,8	8,6	6,2	13,8	3,2
					1916	1915		
Januar	118	940	1058	1,9	8,9	6,3	12,8	3,4
Februar	128	988	1116	2,1	9,1	6,5	13,6	3,5
März	95	817	912	1,6	7,5	5,4	8,2	3,0
April	113	765	878	1,8	7,0	5,1	10,0	2,9
Mai	99	808	907	1,6	7,2	5,2	10,4	2,9
Juni	122	777	899	2,0	7,0	5,2	10,6	3,5
Juli	125	807	932	2,0	7,4	5,8	10,7	3,7
August	71	722	793	1,1	6,4	4,5	9,7	30,9
September	78	920	998	1,3	5,8	4,1	9,5	34,1
Oktober	78	584	662	1,3	5,2	3,9	8,4	24,0
November	75	441	516	1,3	3,9	3,1	7,4	17,2

**Über die Feuerungszulagen im Buchdrucker- gewerbe.**

Gericht durchaus nicht eitel Lust und Freude. Im „Korrespondent“ kommen manderlei Klagen der Gehilfen zum Ausdruck über die Geringsfügigkeit der Zulagen wie auch über die Umgebungs- mandover mancher Arbeitgeber, sich auch noch von den geringen Feuerungszulagen zu drücken. Unter anderem drohen sie damit, den Familien ihrer einge- zogenen Gehilfen die Unterstützung nicht weiter zu gewähren, wenn auf den Feuerungszulagen bestanden würde. Der „Korrespondent“ selbst hat es mehrfach für notwendig erachtet, den Arbeitgebern das Gewissen zu schärfen und ihnen bessere Berücksichtigung der noch nun unüber- 1 gänglich bestehenden Feuerung zu empfehlen. So glän- zend wie man diese immer die Verhältnisse im Buchdrucker- gewerbe halten, ist es auch wirklich nicht, denn der Jahresdurchschnitt im Buchdrucker- gewerbe betrug nach den Feststellungen der Buchdrucker- Berufs- genossen-

schaft 1913 1710,30 Mk., 1914 1360,10 Mk., 1915 1771,55 Mk. Allerdings betrug dieser Durchschnitt in der Papierverarbeitungs- Berufs- genossenschaft 1914 nur 962,03 Mk. und 1915 sogar nur 919,03 Mk. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß in der letzt- genannten Berufs- genossenschaft die Zahl der Arbeiter- 1 rinnen größer ist als die der Arbeiterinnen im Buchdrucker- gewerbe. Der Hochdurchschnitts- verdienst der Buchdrucker- gehilfen betrug nach den Jahresberichten der Berufs- genossenschaft 1913 38,12 Mk., 1914 37,39; und 1915 39,65 Mk. Also nur eine Steigerung des Durchschnittslohnes um 1,33 Mk. von 1913 auf 1915. Mit dem „ungeheuer geringen Löhnen“ ist es daher auch im Buchdrucker- gewerbe nichts. Selbst die Feuerungszulagen von 1916 ändern daran nichts.

Da die Vorgänge im veränderten Beruf auf mehrere Verhältnisse stark einwirken, haben wir sie an dieser Stelle behandelt.

**Zwangsauslösung deutscher Firmen in England.**

Auf Verfügung des britischen Handelsamtes wurden in London in Zwangsauslösung ver- 1 setzt: Aug. Brechner, Handlung in Buchbinder- 1 maschinen in 12 City road, E. C., Liquidator: J. E. Wilson, 28 Paffinghallstreet, E. C.) und die Großhandlung und Vertretung in Schreib- und Papierwaren Otto König u. Co. in 27 Cross- Street, Finsbury Pavement, E. C. Liquidator: Ernest James, 48 Greshamstreet, E. C. Das sind wahrscheinlich die Londoner Zwangs- 1 geschäfte von Gebr. Brechner in Leipzig und König u. Ehardt in Hannover.

Deutsche Geschäftshäuser in England nach dem Kriege. Das britische Handelsamt hat dem Parla- 1 ment einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Wieder- 1 herstellung von Geschäftshäusern, die von Deutschen geleitet wurden, nach dem Kriege verhindern soll. Der Entwurf verbietet die Hebertragung und die Zu- 1 weisung von Aktien an Ausländer oder an ausländische Körperschaften ohne vorherige Zustimmung des Handelsamtes. Wird ein britischer Aktienbesitzer nach Ansicht der Verwaltung des Unternehmens fremdem Einfluß untertan, so kann er gezwungen werden, seine Aktien zu verkaufen. In Kreisen des Londoner Pa- 1 piergroßhandels hat dieser Entwurf Bestürzung hervorgerufen, weil danach der Vertreter einer auslän- 1 dischen Fabrik verhindert werden könnte, Aktien eng- 1 lischer Unternehmungen zu erwerben. Nach ihrer Ansicht kann der Entwurf nur nach Vornahme wesentlicher Änderungen dem Lande zum Vorteil gereichen.

**Korrespondenzen.**

Berlin. Am 4. Dezember fand im Gewerkschafts- 1 hause eine abermalige Versammlung sämtlicher Kol- 1 legen und Kolleginnen in Drucker- 1 kreis statt. Der Saal war überfüllt. Tagesordnung: 1. Feuerungs- 1 zulagen in den Druckereien. 2. Verbandsangelegen- 1 heiten und Verchiedenes. Kollege Müller teilt mit, daß am 1. Dezember erneute Verhandlungen statt- 1 gefunden haben. Das Ergebnis ist daselbst geblieben bei den Lohnarbeitern und nur für die Affor- 1 dante- 1 arbeiter ist etwas herausgekommen, denn die Prin- 1 zipale erwidern, die Buchdrucker sind mit den 75 Pro- 1 zent zufrieden, und das ist die größte Masse in ihrem Gewerbe, also könnten sie dem kleineren Teil nicht mehr geben. Es bleibt alles so bestehen bei den Lohnarbeitern, wie in Nummer 49 dieser Zeitung ge- 1 schrieben ist. Bei den Affordante- 1 arbeiterinnen heißt es dagegen wie folgt: Affordante- 1 arbeiter, die im Monatsdurchschnitt der geleisteten Arbeitszeit nicht mehr als 85 Pf., früher 70 Pf. pro Stunde ver- 1 dient haben, erhalten eine Feuerungszulage von monatlich 7 Mk. für Verheiratete und 3,50 Mk. für ledige Affordante- 1 arbeiterinnen, die im Monats- 1 durchschnitt, den Monat zu 4 Wochen gerechnet, nicht mehr als 25 Mk. wöchentlich verdient haben, erhalten 10,50 Mark monatlich als Feuerungszulage. (Früher, wenn der Minimallohn verdient war, 6 Mark.) Diese Ver- 1 einbarungen betreffen Handfalgens und Kinderzulage bleiben bestehen. Die Feuerungszulagen sind anteilig zu verrechnen, den Monat zu 4 Wochen gerechnet. Bei Ausschüssen und Neuaufstehenden und Kindern vom Chef laut Schiedsgerichts- 1 spruch. Die Arbeitgeber werden Schritte unternehmen, daß den Arbeiter- 1 zuzustanden gewährt werden.

Nun sprechen sich noch verschiedene Medier dahin aus, daß die Verhältnisse immer so beschaffen sein müßten und das Zusammenhalten in dieser schweren Zeit ein viel größeres sein müßte als im Frieden. Mit der Lösung: nicht zu rufen und weiterzutreiben, den Ausbau unserer Organisation zu fördern und die Gewinnung aller Kampfmittel zu betreiben, damit ein Ganzes für unser zukünftiges Handeln da ist, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. (Berichtigung) In dem in Nr. 50 der „Buchdrucker- 1 Zeitung“ enthaltenen Bericht aus Han- 1 nover sind infolge eines Druckfehlers die in der Ver- 1 sammlung vom 20. November beschlossenen Sätze für die Feuerungszulagen, die bei den Prinzipalen in- 1 zwischen beantragt sind, unvollständig angegeben.

Richtig und vollständig sind die beantragten Zätze wie folgt:

1. Für verheiratete und verwitwete Arbeiter mit einem in tariflicher Arbeitszeit erzielten wöchentlichen Verdienst bis 36 Mf. monatlich 16 Mf. und bei einem Verdienst von 36 bis 45 Mf. monatlich 12 Mf.

2. Für unverheiratete männliche Arbeiter mit einem wöchentlichen Verdienst bis 36 Mf. monatlich 12 Mf. und bei einem Verdienst von 36 bis 45 Mf. monatlich 8 Mf.

3. Für Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand monatlich 8 Mf. und für Arbeiterinnen ohne eigenen Hausstand monatlich 6 Mf.

4. Für jedes Kind unter 14 Jahren eine Ertragszulage von monatlich 2 Mf.

**Erklärung.**

Der Versammlungsbericht in Nr. 50 der „Buchbinder-Zeitung“ über eine in Berlin stattgefundene Branchenversammlung der Buchbinderarbeiterschaft, veranlaßt uns, dazu folgendes zu erklären:

Wir betrachten es als mißliches Gerücht, wenn die Berliner Herren Buchbinderbesitzer bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den Arbeitervertretern entgegenhalten: sie können der Berliner Kollegenschaft nicht höhere Zustände in bezug auf Erhöhung der Löhne machen, aus Rücksicht auf die Leipziger Konkurrenz. Festgestellt sei einmal an dieser Stelle, daß, wenn es den Berliner Herren Prinzipalen ernstlich darauf ankäme, gleiche Lohnverhältnisse für Berlin und Leipzig zu schaffen, um dadurch die angebliche Konkurrenz zu beseitigen, sie schon oft dazu Gelegenheit gehabt hätten. Dabon haben wir bisher leider noch nichts gemerkt. Im Gegenteil, die Berliner Arbeitgeber haben zu jeder Zeit, in trautem Verein mit ihren Leipziger Herren Kollegen, die Wünsche unserer Leipziger Kollegenschaft zu Falle gebracht.

Geradezu späßig klingt's, wenn der Bericht den Kollegen Mager sagt: „Wir sollten mehr Druck hinter unsere Leipziger Kollegen machen.“

O, du heilige Einsicht, möchte man da rufen! Als wenn es an dem guten Willen der Leipziger Kollegen mangelte. An dem guten Willen fehlt es wahrlich nicht, sondern andere, ganz andere Faktoren sind es, die der Leipziger Kollegenschaft es schwer machen, ihr Lohnverhältnis aufzubessern.

Uebrigens eine Frage: Warum wartet man denn in Berlin mit Verhandlungen vom 13. Oktober bis zum 29. November, wenn man im Voraus weiß, daß infolge der oben angebotenen Verhältnisse kein besonders glänzendes Resultat aus Leipzig zu erwarten ist?

Man brauchte wohl dort eine Auerde, um sich hinter die Leipziger Kollegen verstecken zu können?

**Die Ortsverwaltung der Jahreshilfe Leipzig.**

Otto Wienide.

**München.** Am 29. November fand im Kolosseum eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Straß ein sehr lehrreichen und interessanten Vortrag über: „Die Kriegserfahrungen der Gewerkschaften“ hielt. Der mit Beifall aufgenommenen Vortrag spielte in der Lehre, daß der Krieg in ganz besonderem Maße die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiterklasse erwiesen hat. Aber nicht nur im Kriege, sondern weit mehr noch nach dem Kriege wird sich die Notwendigkeit des organisierten Zusammenwirkens für die Arbeiterklasse ergeben. Besonderen Wert legte der Redner auch auf die Erkenntnis von der großen Bedeutung der Arbeiterpresse, die unbedingt von jedem organisierten Kollegen unterstützt und gehalten werden müsse. Auch der großen Bedeutung der Konjunktionsgesellschaften wurde gedacht und das Meßer hing aus in der Mahnung, unausgesetzt für die gewerkschaftliche und politische Organisation zu wirken und zu werben. Eine Diskussion fand nicht statt; nur eine kurze Anfrage über die Arbeiterschutzgesetze wurde beantwortet.

Sodann gab Kollege Grodenhoff die Anträge der Ortsverwaltung in bezug auf die Weihnachtunterstützung der Kriegsteilnehmer und deren Familien sowie der ausgesetzten Arbeitslosen und Kranken bekannt. Diese Anträge wurden auf Antrag des Kollegen J. Meyer noch etwas erweitert und fanden dann einstimmige Annahme. Es wurde beschlossen, den beim Heere stehenden Mitgliedern ein Paket mit Rauchwaren zu senden im Werte von 5 Mf. Den Frauen der Kriegsteilnehmer soll eine Weihnachtsgabe von 10 Mf. gewährt werden. Die ausgesetzten männlichen Arbeitslosen und Kranken erhalten 5 Mf., die weiblichen 3 Mf. aus der Kassa. Leider fehlen von den Kriegsteilnehmern noch eine Anzahl Adressen. Die Angehörigen und Bekannten werden ersucht, die Adressen auf dem Verbandsbureau anzugeben.

Unter „Verschiedenes“ gab Kollege Grodenhoff die Mitteilungen des Vereins Münchener Buchdruckerbesitzer bekannt, wonach auf die bisherigen Feuerungszulagen 75 Proz. Aufschlag erfolgen sollen. Weiter wies Kollege Grodenhoff darauf hin, daß in den nächsten Tagen Fragebogen herausgegeben werden.

um das Ergebnis der bisherigen Zulagen im Jahre 1916 feststellen zu können. Es sei dringend notwendig, diese Arbeit ordentlich und planmäßig zu machen. Kollege Meyer unterfingte diesen Hinweis. Darauf fand die interessante Versammlung ihren Abschluß.

**Zittau.** Am 2. Dezember fand im Sängersaal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung aller Branchen statt. Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Prinzipalen über die neuen erhöhten Feuerungszulagen; 2. der Sparzwang der Jugendlichen und das Hilfsdienstgesetz.

Nach kurzer Ansprache des Vorsitzenden nahm Kollege Kemminger das Wort. Er schilderte den Gang der Verhandlungen über die neue Zulage. Unser Gesicht fand bei den Buchdruckfirmen volles Verständnis und wurde anstandslos bewilligt. Mit den Geschäftsbüchereifabrikanten gab es ebenfalls keine Schwierigkeiten bei Annahme unserer Vorlage, da in beiden Geschäftszweigen die früheren Zulagen, die denen der Buchdrucker entsprechen, durchgehends um 75 Proz. erhöht wurden. Einige Witzverständ-

**Arbeitsmillionen.**

Ihr draußen! Millionen eiert beweht,  
Die den Aufschuß bis zum Grunde geleert!  
Ihr vor dem Tode tausendmal  
In Tagen, Nächten voll Opferqual!  
Ihr Arbeitsmänner, noterprobt,  
Die ihr gehalten, was ihr gelobt:  
„Und kommt die Stunde der Gefahr,  
Vaterland, dann machen wir's wahr  
Das Schwurwort unerlöschlich:  
Wir lassen nimmer dich im Stich!“  
Arbeitsmillionen im Blutgefäß,  
Ihr mit dem Frieden im Wappenschild,  
Zum größten Ziel durch Treue groß:  
Aus Drangsal muß die Arbeit los!  
Du Volk da draußen, das im Geist  
Aufbaut, was herrlich Vaterland heißt!  
Das, noch voll tüchtiger Mut ungeteilt,  
Nun Verchen hört über'm Leichenfeld:  
Denk heim, denk heim aus Schutz und Muth!  
Das heilige Lied, wir hören's auch!  
Wir lauschen auf, die Blide weit,  
Wir hören Bergen im Einsiedel.  
Ihr Ton ist fest, ihr Schlag ruft laut:  
Brüder dabein, auf euch ist gebaut!  
Wir stehen draußen am besten Gut,  
Heißes blieb in eurer Gut!  
Wir wollen's wieder unverfehrt!  
Wir haben's geschirmt, wir wollen's gemehrt!  
Wir haben gebuhet, das Blut will Rucht:  
An trotz die Scholle, der Pfug heißt Wucht!  
Wir haben's erworben, uns wuchs das Feld:  
Pflügermassen, bestellt! bestellt!  
Und Furchen dränge an Furchen dicht,  
Einig gerichtet, in klarer Sicht,  
Sollt keine vertrocknen, verschütten die Saat,  
Jede werde Achrenraut!  
Aueensmillionen, wer fehlt am Pflug?  
Der Morgen steigt; die Lerche schlug!  
Sie schlägt unser Schwurlied: Macht es wahr!  
Seid treu in der Stunde der Gefahr!

Aus Franz Diederich, „Kriegsfaat“. Buchhandlung Vorwärts Berlin 1916.

nisse in der Auslegung waren leicht zu klären. Der Vorsitzende der Martonwagenfabrikanten erklärte, daß es ihnen schwer falle, etwas zu bewilligen. Sie sähen aber ein, daß neue Zulagen nötig seien. Die Regelung erfolgte dertat, daß alle Beschäftigten von der Zulage getroffen wurden. Die bisherigen Zulagen der Gehilfen und der über 16 Jahre alten Hilfsarbeiter, die 10 Proz. vom Verdienst betragen, wurden auf 15 Proz. erhöht, die Zulagen der Arbeiterinnen und der unter 16 Jahren alten Hilfsarbeiter von 5 Proz. auf 7½ Proz. Von den Buchbinderbesitzern wurde ebenfalls Annahme unserer Vorlage verlangt. Es war noch ein zweites Schreiben nötig mit Hinweis darauf, daß eine Regelung mit den anderen Geschäftszweigen inzwischen erfolgt sei und unsere Mitglieder würden daher ungeduldig. Das sehr geringe, uns dann zugesandte Angebot wurde von der Versammlung mit Verwunderung über diese Verständnislosigkeit der Sachlage entgegengenommen. Tarifkommission und Ortsverwaltung erklärten nun in ihrer Sitzung, daß diese Vorlage unannehmbar sei. Weitere Verhandlungen unsererseits mußten schriftlich geführt werden, da die Prinzipale für eine gemeinsame Sitzung nicht zu haben waren. In unserem Schreiben wurde ihnen auseinandergesetzt, daß z. B. in der Holzindustrie Zulagen von 10-20 Pf. die Stunde gezahlt wurden, gegen die unsere Wünsche völlig verschwinden. Unser Angestellter erklärte in persönlicher Besprechung mit dem Vorsitzenden der Prinzipale, daß die Leipziger Ab-

machungen bedeutend weiter gingen als diese Angebote und auf Annahme dieser geringen Bewilligung durch unsere Mitglieder gar nicht zu rechnen sei. Nach längerer Unterredung versprach der Vertreter der Prinzipale, veranlaßt durch das energische Auftreten unseres Unterhändlers, mit seinen Kollegen noch weiter darüber zu sprechen. Darauf ging uns dann eine neue Vorlage zu, die als das letzte bezeichnet wurde, was gegeben werden könne. Die Zulage soll mit Wirkung vom 1. Januar ab gezahlt werden und deckt sich ungefähr mit den Leipziger Bewilligungen. Kollege Kemminger legte nun alles der Versammlung zur Entscheidung vor.

In der recht lebhaften Aussprache wurde unter anderem gesagt, daß die ganze Vorlage bei weitem nicht dem Notwendigsten entspreche. Die Prinzipale wünschten jedenfalls keine Sitzung, um die Sache womöglich in die Länge zu ziehen. Der Unterschied zwischen Lohn- und Akkordarbeitern sei nicht gerechtfertigt. Bewilligt hat sie jetzt, aber ob man das Bewilligte auch erhält, ist eine zweite Frage. Es werden Versuche gemacht werden, die Zulagen zu umgehen. Einschüchterungsversuche müssen strikte abgelehrt werden. Wenn wir nach dem 1. Januar sehen, daß das Versprochene nicht gehalten wird, müssen weitere, entscheidende Maßregeln ergriffen werden. Bei der Abstimmung wurde schließlich die Vorlage angenommen mit dem Antrag an die Ortsverwaltung, noch einige Punkte zu verbessern. Das endgültige Ergebnis wird dann in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden.

Zum Punkt 2 sprach der Kollege Kette. Er fand aufmerksame Zuhörer und erntete wohlverdienten Beifall für seine lehrreichen Ausführungen.

Nach kurzer Aufforderung des Vorsitzenden zum Zusammenhalt und weiterer eifriger Agitation schloß er die gut besuchte Versammlung.

**Rundschau.**

Der Parteifreier wird auch in die Konsumvereine getragen, und zwar geschah das in Bremen in einer Art, die nur Gefühle tiefer Enttäuschung bei allen rechtlich denkenden Menschen hervorzurufen kann.

Die Bremer Unfallschäden haben nämlich in der jüngsten Generalversammlung des Bremer Konsumvereins „Vorwärts“ die Anhänger der Majoritätsmehrheit in Vorstand und Aufsichtsrat des Konsumvereins zu Fall gebracht, die Jahresrechnung umgestoßen und den Beschluß durchgebracht, den Familien der im Felde stehenden Arbeiter und Angestellten des Konsumvereins keine Unterbringung mehr zu zahlen. In diesem bezeichnenden Vorgang erklärt sich die „Konjunktionsgesellschaft Rundschau“, Organ des Zentralverbandes und der Großhandelsvereins Deutscher Konsumvereine, in kräftiger Sprache wie folgt:

„Daß die Beschlüsse der Generalversammlung eine schwere Schädigung des Vereins, vor allem eine bedauerliche moralische Schädigung bedeuten, liegt auf der Hand. Unwissenheit, Gefühlshebel und gewissenlose Rücksichtslosigkeit, die auf jede Verantwortlichkeit pfeift, haben dort eine große Rolle gespielt. Die durch die Verhältnisse und das Gesetz gebotene Lebenswerte faufmännische Vorsicht der Verwaltung, die es vermieß, auf Kosten der Solidität des Unternehmens Gewinne zu verteilen, müßte man in skrupelloser Demagogie aus, um die Dividendenhungrigen gegen die Verwaltung aufzurufen. Von Sachkenntnis unbeschwert, erklärte man, bei geringeren Abschreibungen hätte man mehr Rückvergütung verteilen können. Das ist der Anfang vom Bege, der in den Abgrund führt. Wenn die neue Verwaltung nach solchen Grundzügen zu arbeiten gedenkt, wird der Verein bald auf dem letzten Loche pfeifen. Wir vertrauen allerdings der Energie der wirklich Verantwortlichen, daß sie das verhindern werden. Der Kampf gegen die nun zu Amt und Würden gelangte genossenschaftliche Ignoranz und Bedenkenlosigkeit mag nicht leicht und angenehm sein, aber er muß im Interesse derer durchgeführt werden, die am Gedehnen des Unternehmens ein aufrichtiges Interesse haben. Die Anträge und Beschlüsse der Generalversammlung sind bezeichnend für den Geist und den Charakter ihrer Urheber. Da ist zunächst die Streichung der für die Kriegsdienstleistungen Angestellten ausgesetzten Summen und die Forderung, die Fortzahlung von Gehaltsbeträgen an Eingezogene einzustellen. Jeder halbwegs mit sozialem Empfinden begabte Mensch wird diese Maßnahmen einfach als skandalös und empörend bezeichnen. Auch die ungünstig gestellten Vereine setzen gleich zahlreichen human fühlenden privaten Unternehmern ihren Stolz darin, nach Möglichkeit das Los der Familien ihrer für das Vaterland kämpfenden Arbeiter und Angestellten zu erleichtern, die Mehrheit der Generalversammlung eines großen Konsumvereins lehnt es brüsk ab, in der Richtung irgend etwas zu leisten. Warum? O, man hat wundervolle „Gründe“! Dieser Krieg ist ein kapitalistischer Krieg, mögen die Kapitalisten die Opfer des Krieges unterstützen! Mögen also die Familien der Arbeiter sehen, wie sie durch-

kommen! Die Herren Prodimerfel und Genossen haben für sie nur die brutale Phrase, auf deren Echo aus dem Schützengraben sie sich schon voraus freuen dürfen. Daß man dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und seinen Organen zu Liebe ging, ist weder verwunderlich noch beauerlich. Angriffe von solcher Seite beweisen, daß wir auf dem rechten Wege sind. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ vertreten den Standpunkt, daß es Ehrenpflicht jedes Deutschen ist, alles anzubieten, um die Gruel des Krieges dem eigenen Lande fernzuhalten und die gedeihliche Entwicklung der Nation auch über die Kriegszeit hinaus unter allen Umständen sicherzustellen. Sie halten es für ein ebenso gemeinschädliches wie verächtliches Verhalten, diesem Streben Hindernisse zu bereiten, und lassen sich darin auch nicht durch Verleumdungen und Schimpfereien politischer Heroziten beirren, auch dann nicht, wenn diese planmäßig auf die Schädigung der genossenschaftlichen Organisationen hinzuarbeiten trachten. In Bremen hat man damit begonnen, indem man fuzerhand bewährte Verwaltungsmittelieber durch kadifale Schreier erste. Das ist eine Methode, die erfahrungsgemäß nur für kurze Zeit von Erfolg gekrönt zu sein pflegt. In Bremen hat die so laut betonte „Aufklärung“ nicht verhindert, daß bis vor einem Jahrzehnt noch die große Masse der Konsumgenossenschaftlich indifferent war. Daß Wandel eintrat, daran sind nicht die Leute des großen Wortes von heute schuld, sondern die, die sich jetzt für langjährige, selbstlose Arbeit von ihnen in der schändlichen Weise herunterreichen und zum Danke für die abtrachten Opfer mit dem Fuztritt belohnen lassen müssen. Die Vereinsmitglieder, denen an ihrer Organisation liegt, werden bald einsehen, welche Früchte es trägt, wenn an die Stelle der stillen, überlegten Tat das laute, unüberlegte Wort tritt. Dann werden sie reinen Tisch machen — in ihrem Interesse. Die größte politische Organisation deutscher Arbeiter macht heute eine schwere innere Krankheit durch, von der nur zu wünschen ist, daß sie zur gründlichen Genesung und dauernden Ausschcheidung der Krankheitsstoffe führen möge. Bei den engen persönlichen Beziehungen, die zu den Gewerkschaften und Genossenschaften führen, ist es nicht zu vermeiden, daß auch bei letzteren sie und da einmal eine Infektion eintritt. Aber es ist immer nur ein winziger Tropfen Gift, der ihnen in den Adern gärt. Sie werden damit bald fertig werden. Bedauerlich ist, daß der eben erst über die kritischen Jahre der ersten Entwicklung hinaus gediehene Bremer Verein eine solche Prüfung bestehen muß. Wir zweifeln nicht daran, daß er sich durchsetzen wird, aber von Vorteil sind solche Vorgänge, vor allem, weil sie im höchsten Maße abschreckend und anwidernd wirken, natürlich nicht. Freilich — die Masse der Mitglieder ist nicht freizusprechen von der Verantwortung der Ereignisse. Der Versammlungsbesuch zeigt, daß sie geschlafen hat und sich von einer lächerlichen Handvoll zielbewusster Demagogen überempfindlich ließ. Es ist begreiflich, daß das Treiben gewisser Elemente in Bremen allmählich einen Gsel vor dem Besuche von Versammlungen erzeugt — wo aber wichtige Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, muß der einzelne so viel Selbstüberwindung aufbringen können, um sie zu wahren. Erkennen das die Bremer Genossenschaftler, dann werden sie bald dafür sorgen, daß die Vernunft wieder Richtschnur ihrer Tätigkeit wird. Tun sie das nicht, dann dürfen sie sich auch später nicht über die unvermeidliche Folge der Tatsachen beklagen, daß ihre Genossenschaft der Tummelplatz von Bestrebungen wurde, die mit Genossenschaft schlechterdings nichts gemein haben.“

**Adressenänderungen.**

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
 B. = Bevollmächtigter.  
 K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstützungsausgeber).

Detmold. B. u. K.: S. Claus, Hohenloherstr. 1.  
 Frankfurt a. O. B. u. K.: W. Braun, Hohenloherstr. 1.

**Literarisches.**

Der neue **Vorwärts-Kalender** ist erschienen. Aus der etwa 30 x 40 Zentimeter großen Rückwand hat der Maler Professor Damberger ein Bild von padernder Wirkung geschaffen. Zwei herbe Gestalten voll Kraft und Wucht, doch natürlich und lebenswahr, füllen den Raum seitlich des Todes. Rechts ist es der durch Feuer und Verderben vorwärtsführende, von seinem eigenen Anheil enjette Kriegsgott Mars, links eine Mutter als Verkörperung der Menschheit. Sie hat dem Unhold das Schwert aus der Hand geschlagen, und aus ihrem Gesicht spricht es wie der Ruf: Laß es genug sein, Kaiser! Schone die Menschheit, bevor es zu spät! . . .

Dieser Geist durchweht auch die 365 Blätter des an die 20 Zentimeter hohen Adressbuchs, dessen Zusammenstellung abermals Ernst Brezang besorgte. Die Vorderseiten enthalten neben den weitrhin sichtbaren Datumsziffern astrologische und geistliche Angaben, für die Arbeiterbewegung wichtige Gedenktage und sonstige Erinnerungen, sowie freien Raum für Tagesnotizen. Gleich gehaltvoller sind die Rückseiten. Man könnte sie das „Brevier des Arbeiters“ nennen, so reich und vollständig ist das hier zusammengetragene Material aus allen Gebieten der schönen wie der streitbaren Literatur, der sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. In knapper, übersichtlicher Form bringen sämtliche freigewerkschaftlichen Zentralverbände das Resultat des überhandenen zweiten Kriegsjahres, andere Blätter wieder geben Aufschluß über den Stand der Dinge auf dem Konsumgenossenschaftlichen und dem parteipolitischen Arbeitsfelde.

Der anbetrachts des Gebotenen äußerst niedrige Preis von 1,80 Mk. einschließlich Porto und Verpackung trägt reiche ideale Zinsen! Wir können daher seine Anschaffung nur dringend empfehlen.

Der **„Vorwärts-Kalender“** kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden oder bei Voreinsendung oder Nachnahme durch die Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Kriegsjaat, Kampfgedichte 1914—1916** von Franz Diederich. Verlag: Buchhandlung Vorwärts in Berlin. Das, was uns Franz Diederich bietet, sind keine wilden Kampfgedänge, die uns zu blutiger Tat entzünden, sondern aus allen „Kampfgedichten“ spricht die heiße Sehnsucht nach Frieden und die dringliche

Wahnung, die Organisation hochzuhalten über allem Schrecklichen, was der Krieg mit sich bringt. Die Ausstattung der Prosidure — Schwabacher Schrift auf Wittenpapier — ist eine gute. Der Preis von 2 Mk. mäßig. Wir bringen an anderer Stelle eine Probe aus dem Buche.

**Jungvolk-Almanach 1917.** Auch diesmal wieder ist in unserem Jugendkalender auf reiche Abwechslung im bildenden wie in unterhaltenden Teil Bedacht genommen. Die Jugendbewegung und ihre Praxis behandelt der Aufsatz über die Arbeiterjugend im Kriegsjahr 1916 sowie der stark auf Kritik gestimmte Artikel „Wanderleid und Wandergeist“. Zwei gediegene historische Abhandlungen sind der Entwicklung des Welt Handels und der Geschichte des Reichstags gewidmet, während ein mit originalen Federzeichnungen reich illustrierter kunsthistorischer Aufsatz den Leser in das Wunderland der Voranden führt. Ein weiterer kunsthistorischer Beitrag charakterisiert den verstorbenen genialen Zeichner Rudolf Wille. Daß in einem aktuellen Zeitbuch wie sich einem Kalender auch das alle Gemüter bederrschende Zeiterignis, der Weltkrieg, nicht fehlen darf, ist selbstverständlich, so finden wir auch in diesem Jahrgang eine übersichtliche Chronik des letzten Kriegsjahres, ferner einen interessanten historisch-ethnologischen Aufsatz über die indischen Sifsböcker der Engländer, die Sepoys und Sowars, eine Ergänzung zu dem vorjährigen Kalendermffass über die farbigen Franzosen.

Die Jahrgänge 1913, 1914 und 1915 sind noch in beschränkter Anzahl vorhanden. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu richten.

**Anzeigen**

**Zahlstelle Leipzig.  
Weihnachtsunterstützung.**

Einem Beschlusse des Zentralvorstandes sowie der tiefsten Ortsverwaltung und Vertrauensmännerfuzung zufolge soll auch in diesem Jahre an alle die Frauen unserer zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder so wohl als auch an die zum Heeresdienst eingezogenen ledigen Mitglieder eine einmalige Weihnachtsunterstützung zur Auszahlung kommen.

Die Unterstützung beträgt inklusive der Zentralunterstützung für Mitglieder, die mindestens 62 Beiträge geleistet haben, 10.— Mk., für die gegen tausend Fachvereinsmitglieder 13.— Mk. Mitglieder, die mindestens 13 Beiträge geleistet haben, erhalten aus lokalen Mitteln 5.— Mk., sofern sie Fachvereinsmitglieder sind, 8.— Mk.

Wir ersuchen die in Betracht kommenden Angehörigen, in der Zeit von **vormittags 9 bis 12 Uhr** und **nachmittags von 1,5 bis 1,7 Uhr** unter Vorlegung einer Legitimation die Unterstützung in Empfang zu nehmen.

Desgleichen wird auch in diesem Jahre an alle arbeitslosen Mitglieder, soweit sie bis zum 18. Dezember bei uns als arbeitslos gemeldet sind, die übliche Weihnachtsunterstützung, und zwar in der Zeit vom 20. bis 24. Dezember zur Auszahlung gebracht.

Am **24. Dezember** ist das Bureau ununterbrochen bis mittags 2 Uhr geöffnet. Am **27. Dezember (3. Feiertag)** bleibt dasselbe geschlossen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Ersatz für Tuchband und Gummiringe.**

Zum Verpacken und Verziern von Geschenken usw.  
**10 m Rolle gummiertes Papierband, D. R. P., 14 mm breit, schwarz-weiß-rot, in eleganter Aufmachung.**  
 Ladenpreis: 0,60 Mk.

„Rahme selbst ein!“  
 Kasten mit 2 Rollen zum Umbiegen vorgeritzter Klebstreifen, Musterbild, 4 Glasplatten, Häkchen und Schablone.  
 Ladenpreis: 3,— Mk.

**Zum Einrahmen von Lichtbildern:**  
 Zum Umbiegen vorgeritzte Einfassstreifen, schwarz . . . . . à Rolle 1,— Mk.  
 Vorgeritzte Bezeichnungstreifen, schwarz-weiß . . . . . à „ 1,— „  
 Mehrfarbige Bänder in jeder Länge. D. R. P.  
**Fabrik für Klebmaterial — Dr. J. Neubronner — Cronberg (Taunus).**

In einem schwäbischen Städtchen mit sich aller Behörden ist ein zentral gelegenes, villenähnlich gebautes, schuldenfreies

**Landhaus**

mit 10 Zimmern, allem Zubehör, Bad, elektr. Licht, lfd. Wasser und gr. Garten äußerst billig zu verkaufen. Besonders für

**Buchbinder, Buchhandlung usw.**

sehr passend; ein solches Geschäft wäre konkurrenzlos und viel begehrt. Gest. Offerten unter **L. 13** an die Expedition dieses Blattes.

Unsern lieben Kollegen

**Emil Vape**  
 nebst seiner lieben Braut  
**Fr. Anna Walter**

zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

**Zahlstelle Essen.**

**Zahlstelle Düsseldorf.**

Nachruf!

Am 4. November starb nach langer Krankheit unser Kollege

**Adolf Bentel**

geb. am 5. Mai 1875 in Reeg.  
 Ehre seinem Andenken.

**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Buchbinder-Verband**  
 Zahlstelle München.

**Todes-Anzeige.**

Am Mittwoch, den 6. Dezember, starb unerwartet unser treues Mitglied

**Babette Lutz**

im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Die Ortsverwaltung.**